

Volkssblatt

Redaktion: Telefon 075/2 49 49/50

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

108. Jahrgang - Nr. 155

Wirtschaftspolitische Herbst

Bisher vorbildlicher Einsatz der Regierung zur Existenzsicherung der Arbeitnehmer

In seiner nächsten, öffentlichen Sitzung wird sich der Landtag vor allem auch mit einer Interpellation der FDP-Fraktion zur aktuellen Lage der liechtensteinischen Wirtschaft befassen müssen. Die Interpellation an die Regierung gliedert sich in folgende zwei Fragen: «Wie beurteilt die Regierung die wirtschaftliche Situation des Landes und deren Entwicklung?», und, «Welches sind die Vorkehrungen, bzw. wie ist die Haltung der Regierung in diesen Fragen?».

Da dieser Fragenkomplex in die

Gesamtverantwortung der Kollegialregierung fällt und mehrere Ressorts gleichzeitig berührt, wird die Regierung in der Interpellation ersucht, eine einheitliche Stellungnahme durch den Regierungschef abzugeben.

Thema bleibt im Raum

Mit dieser Interpellation, die zu Beginn der ersten, öffentlichen Sitzung nach der Sommerpause, am vergangenen Montag vorgetragen wurde, hat die FDP-Fraktion dafür gesorgt, dass das Thema Wirtschaftspolitik im Raum bleibt und ihm weiterhin das entsprechende Gewicht beimessen wird.

Vielseitige Aktivität der Regierung

Die Regierung kann der von ihr geforderten Stellungnahme mit Ruhe entgegensehen. Sie war in den letzten Monaten gerade was wirtschaftspolitische Entscheidungen anbelangt keineswegs untätig. Wie kaum eine andere Regierung in den letzten 20 Jahren hatte sie sich mit heiklen, wirtschaftspolitischen Fragen auseinanderzusetzen, die bis jetzt jeweils erfreulich schnell und zielbewusst entschieden wurden. Denken wir hier nur an einige Punkte wie die Verbesserungen der Arbeitslosenversicherung, die es weiter auszubauen und den Gegebenheiten anzupassen gilt; denken wir an die gezielte Erhaltung des

öffentlichen Auftragsbestandes, an die Revision des Gewerbegesetzes oder die Verordnung zum Schutz der einheimischen Arbeitskräfte. Die Schaffung einer Koordinationskonferenz unter dem Vorsitz des Regierungschefs, die sich permanent mit aktuellen, wirtschaftlichen Problemen auseinandersetzt, war eine weitere, wichtige Massnahme um der veränderten Wirtschaftssituation zu begegnen.

Grenzen der Einflussnahme

Es ist zweifellos wichtig für den Bürger dieses Landes, dass ihm die wirtschaftspolitischen Massnahmen der letzten Monate noch einmal in Form einer umfassenden Stellungnahme vor Augen geführt werden, damit auch er sich ein Bild von der derzeitigen Situation machen und sich darauf einstellen kann. In der zu erwartenden Stellungnahme der Regierung werden aber auch die Grenzen erkennbar sein müssen, die einer eigenständigen Wirtschaftspolitik unseres Landes gesetzt sind. Sie beginnen überall dort, wo wir keinen Einfluss mehr nehmen können auf wirtschaftspolitische Entwicklungen; so beispielsweise in Währungsfragen oder auf die Konjunktursituation jener Märkte in aller Welt, von denen vor allem unsere Industrie fast zu Hundert Prozent abhängig ist.

Heute wird umgesattelt

In den Jahren der Hoch- und Ueberkonjunktur empfanden es Arbeitgeber wie Arbeitnehmer als ungeliebte Einmischung in «ihre» Probleme, wenn der Staat wirtschaftspolitische Massnahmen anordnete. Selbst Arbeitnehmervertreter sind sich einig darüber, dass wir heute keine Arbeitslosenversicherung hätten, wenn das seinerzeitige Gesetz einer Volksabstimmung unterstellt worden wäre. Noch im Juli dieses Jahres waren es vor allem Vertreter der Industrie, die sich im Landtag mit Händen und Füssen gegen eine vorgezogene Verbesserung der Beiträge (und freilich auch der Leistungen) der Arbeitslosenversicherung wehrten und das Traktandum bis in den Herbst verschoben haben wollten. Inzwischen haben auch wir in Liechtenstein Arbeitslose und Kurzarbeiter. Damals unterstellte man der Regierung, sie betreibe eine «Feuerwehraktion». Heute, da die Rezession weiter anhält, wird von den gleichen Sprechern umgesattelt. Plötzlich haben auch sie entdeckt, dass es um die Sicherung der Existenz der Menschen im Lande geht und fordern Sofortmassnahmen, denen man sich noch vor wenigen Wochen in den Weg zu stellen versuchte. «Es hat als Sofortmassnahme wenig Sinn, erst noch eine Studie darüber

auszuarbeiten, wie gross der Brand sei...» liess sich der VU-Fraktionssprecher in ein Votum hineininterpretieren, das wohl als Antwort auf die FDP-Interpellation zur Wirtschaftslage gelten sollte und jetzt Sofortmassnahmen zur weiteren Verbesserung der Arbeitslosenversicherung forderte. Hätten Regierung und Parlamentsmehrheit im Juli auf den VU-Sprecher gehört, dann wäre die damalige «Feuerwehraktion» zur Verbesserung der Arbeitslosenversicherung wohl unterblieben. Man hätte erst eine Studie ausgearbeitet und zugewartet, bis der Dachstock schon verbrannt wäre.

Rezession: Ende noch nicht abzusehen

Fest steht, dass das Ende der Rezession noch nicht abzusehen ist. Fest steht auch, dass sich die Regierung bis heute trotz vielfach ungünstiger Voraussetzungen sehr gut geschlagen und sich vorbildlich für die Erhaltung der Arbeitsplätze eingesetzt hat. Dies wurde ihr von Arbeitnehmervertretern beider Fraktionen im Landtag auch wiederholt bestätigt und verdankt.

Volksbegehren

Fragen und Antworten

«Kann es nach einer Verankerung des Mehrheitsprinzips passieren, dass beispielsweise bei einer Stimmmehrheit der VU auf Landesebene, die FDP aus dem Wahlkreis Unterland ein Abgeordnetenmandat an den Wahlkreis Oberland abtreten müsste, oder umgekehrt?» (K. Oe.)

Eine solche Situation kann es schon deshalb nicht geben, weil sich an der heutigen Wahlkreiseinteilung auch nach der Verankerung des Mehrheitsprinzips nichts ändert. Die stärkemässige Vertretung der beiden Landschaften ist in jedem Fall auch in Zukunft gewährleistet. Eine allfällige Korrektur aufgrund des Gesamtlandesergebnisses kann deshalb nur innerhalb des jeweiligen Wahlkreises spielen. Im vorliegenden Falle müsste die FDP ein Mandat nicht aus dem Wahlkreis Unterland in den Wahlkreis Oberland, sondern innerhalb des Wahlkreises Unterland an die VU abgeben, weil die Zahl der Unterländer Abgeordneten von der Verfassung aus ja mit 6 festgelegt ist. Grundsätzlich ist noch hinzuzufügen, dass die Minderheitspartei in jenem Wahlkreis der Mehrheitspartei ein Mandat abtreten muss, in dem sie diesem entschiedenen Mandat am nächsten gekommen ist. Dies kann sich je nach Situation und je nach politischer Konstellation für beide Parteien aber jeweils nur innerhalb des entsprechenden Wahlkreises ergeben.



Woche der Jugend

Sonderveranstaltung im Centrum für Kunst

Im Vaduzer Centrum für Kunst beginnt am kommenden Montagabend eine Veranstaltungsreihe, die vor allem der Jugend und Themen der Jugend gewidmet ist. Gleichzeitig wird eine Ausstellung über «Die Welt des Hans Christian Andersen» (aus Anlass des 100. Todestages des weltberühmten Märchendichters aus Dänemark) gezeigt. Vernissage zur Ausstellung: Montag, 20. Oktober, 18 Uhr. Im Anschluss daran findet um 19 Uhr eine Podiumsdiskussion über Jugendfragen in Liechtenstein statt. Es folgen am Dienstag ein Vortrag über Andersen, am Mittwoch eine Filmvorführung für Schüler und am Donnerstag (23. Oktober) Vorführungen von Märchenfilmen in der Aula des LG. Weitere Filmvorführungen sind für den Freitagvormittag in der Aula des Gymnasiums und nachmittags im Centrum für Kunst vorgesehen. Am kommenden Samstagvormittag wird der Puppentheaterfilm «Lied der Prärie» gezeigt. Eine weitere Podiumsdiskussion am Samstagabend über das künstlerische Lernen in unserem Lande, ein Filmvortrag zum Thema «Andersen und die Religion» am Sonntagabend und eine Filmvorführung über die Geschichte des Hans Christian Andersen am Mittwoch, den 29. Oktober runden das Programm ab. Beachten Sie die Hinweise im Veranstaltungskalender (Wohin diese Woche — Seite 2).



Päpstlicher Segen

Privataudienz des Fürstenpaares bei Papst Paul VI

Mit der Erteilung des päpstlichen Segens für S. D. den Landesfürsten, I. D. Fürstin Gina und das liechtensteinische Volk endete am vergangenen Donnerstag eine Privataudienz des Landesfürsten bei Seiner Heiligkeit Papst Paul VI. in Rom. — Der Besuch unseres Landesfürsten im Vatikan erfolgte im Rahmen des Heiligen Jahres 1975. Das Fürstenpaar, welches von Kabinettsdirektor Robert Allgäuer be-

gleitet war, wurde im Vatikan mit allen protokollarischen Ehren empfangen, die einem Staatsoberhaupt zugeordnet sind. Hohe Funktionäre des Staatssekretariates nahmen die liechtensteinischen Gäste am Hauptportal zum Heiligen Stuhl in Empfang. Durch das Ehrenpalatier der Schweizer Garde gelangte das Fürstenpaar in die Privatbibliothek des Papstes, wo die eigentliche Audienz stattfand. Die persönliche

Unterredung dauerte rund eine halbe Stunde. Papst Paul VI. fand herzliche Worte der Anerkennung und des Lobes für unser Land, dessen stabile innere Ordnung und dessen vielfältigen Bemühungen nach aussen seinen uneingeschränkten Respekt fanden. Unsere Aufnahme zeigt das Durchlauchte Fürstenpaar mit dem Heiligen Vater am 9. Oktober im Vatikan.

BÜROMÖBEL
für alle Ansprüche
9494 Schaan
Ferdinand Frick AG

Im Geldverkehr sind wir die Fachleute
Verwaltungs- und Privat-Bank Aktiengesellschaft FL-9490 Vaduz